

KARL-HEINZ LADEUR

Die neue Kommunikations(un)ordnung und die Demokratie der Zukunft

I. Die Selbstveränderung der Gesellschaft und die Selbstbeobachtung der Bürger

Das starke Interesse an der „partizipativen Demokratie“ ist nicht zuletzt auf eine Kritik des Bürgers am Staat zurückzuführen. Dies wird umgekehrt auch als „Politikverdrossenheit“ im Hinblick auf die Institutionen der repräsentativen Demokratie beschrieben. Diese Projektion negativer Zuschreibungen auf den *Staat* ist deshalb befremdlich, weil er ja als *demokratischer* Staat Produkt einer gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildung der *Bürger* sein soll. Das bedeutet mindestens auch, dass die Bürger die Beobachtung von Veränderungsprozessen des Staates in der Selbstbeobachtung der eigenen Stellung in der Gesellschaft und zum Staat abspiegeln müssen. Die Selbstbeobachtung und Selbstkontrolle der Bürger konstituieren das Verständnis der modernen Gesellschaft, das heißt, dass der Bürger sich in der Selbstveränderung im „Spiegel der anderen“ auf die ständige Selbsttransformation einlassen muss. Dies hat *Adam Smith* in der Notwendigkeit der Konstruktion des „man within“¹ durch die prozesshafte Beobachtung des „man without“ begründet gesehen. Darin ist zugleich die Einsicht enthalten, dass die Gesellschaft keinen „Beobachtungspunkt“ hervorbringt, vom dem aus sie „richtig“ beobachtet werden könnte.² In der Demokratie ist auch die Stelle der Souveränität im traditionellen Sinne leer. Die „Volkssouveränität“ ist eher ein Platzhalter für einen Prozess, der keine dauerhafte Festlegung zulässt und der die gesellschaftliche distribuierte Erfahrung³ und die politisch reflektierte Öffentlichkeit füreinander durchlässig hält. Darauf wird noch in verschiedenen Anläufen zurückzukommen sein.

Festzuhalten ist in einer Zwischenüberlegung zunächst, dass die „Politikverdrossenheit“ die beiden Seiten der Selbst- und Fremdbeobachtung voneinander trennt und „Demokratiedefizite“ für ein entweder vom Staat selbst zu behebendes Problem hält oder eines, das die Bürger „selbst“ in die Hand nehmen müssen, ohne dass die Bürger sich ihrerseits zu fragen hätten, wie weit die Gesellschaft selbst, und damit auch die

¹ *Adam Smith*, *The Theory of Moral Sentiments*, London 1767, S. 218 und passim.

² *Friedrich-August v. Hayek*, *Die Anmaßung von Wissen*, Tübingen 1996, insbes. S. 13; *Joyce Appleby*, *The Relentless Revolution: A History of Capitalism*, New York 2010, S. 248.

³ *T. W. C. Blanning*, *Das Alte Europa 1660-1789*, Darmstadt 2006, S. 116.

Bürger als Subjekte, sich so verändert haben, dass ein Entfremdungsprozess zwischen Bürger und demokratischem Staat und das Verlangen nach „partizipativer Demokratie“ die Folge sein konnte. Das bedeutet: der blinde Fleck der „Staatsverdrossenheit“ ist (auch) das Problem der Selbstbeobachtung des Bürgers, der seinen Staat als ein ihm fremd gewordenes Objekt beobachtet.

II. Elemente einer „sozialen Epistemologie“ der Demokratie

Ohne dass auf Einzelheiten eingegangen werden könnte, lässt sich – nur unter Inkaufnahme einer Vereinfachung – formulieren, dass sich diesem blinden Fleck zunächst die Beobachtung entzieht, dass die Demokratie eine „soziale Epistemologie“ hat⁴, die die Selbst- und Fremdbeobachtung des Bürgers in der Demokratie bestimmt und „Rahmungen“ oder „Kontrollprojekte“ vorgibt, die ihrerseits ein Produkt der Gesellschaft sind, aber als „Verfassung“ des Wissens nicht leicht ihrerseits zum Gegenstand des Wissens werden können. Sie ermöglichen und begrenzen zugleich die Fähigkeit der Gesellschaft zur Selbstbeobachtung nach bestimmten Ordnungsmustern: wer alles sehen will, erkennt letztlich gar nichts. Beobachtung basiert immer auf der Unterscheidung, die Unbeobachtbares ausschließt.⁵

Nicht zuletzt deshalb muss die Beobachtung der Veränderung des Staates und der Demokratie immer auch von der (Selbst-)Beobachtung der Veränderung des Beobachters begleitet werden. Dies ist eine der Konsequenzen der Feststellung, dass die Stelle der Souveränität in der Demokratie eigentlich leer bleibt⁶, weil sie sich selbst ständig verändert und in dieser Veränderung reflektiert werden muss: Der „Volkssoverän“ kann sich selbst nicht gegen die Kritik immunisieren.

In einem ersten Schritt zur Selbstreflexion des Bürgers lässt sich festhalten, dass in den USA und in England das Selbstbild des Bürgers stark von der im Anschluss an *Adam Smith* beschriebenen wechselseitigen Selbst- und Fremdbeobachtung im Spiegel der anderen geprägt worden ist – mit einer daran anschließenden Tendenz, die distribuierte gesellschaftliche Erfahrung zum Bezugsrahmen für das Selbstverständnis des Bürgers zu erheben. In Frankreich verschiebt sich der Bezugsrahmen: der Staat und die ihm zugeschriebene Rationalität der Kontrolle der Gesellschaft nach allgemeinen „von oben“ gesetzten Regeln bestimmen auch das Selbstbild des Bürgers in einer ganz anderen Weise. In Deutschland wird ein kulturelles, nur schwach politisiertes Konstrukt des Bürgers als Produkt eines Prozesses der „Bildung“ jenseits der praktischen

⁴ Karl-Heinz Ladeur, Die soziale Epistemologie der Demokratie, in: Ino Augsberg (Hrsg.), Ungewissheit als Chance. Perspektiven eines produktiven Umgangs mit Unsicherheit im Rechtssystem, Tübingen 2009, S. 135.

⁵ Niklas Luhmann spricht plastisch und treffend davon, dass das „Nichtwissen gleichsam die andere Seite des Wissens“ sei, in: ders., Beobachtungen der Moderne, Opladen 1992, S. 159.

⁶ Claude Lefort, The Permanence of the Theologico-Political, in: Hent De Vries/Lawrence E. Sullivan (Hrsg.), Political Theologies. Public Religions in a Post-Secular World, New York 2006, S. 148, 162 ff.; zu Lefort auch Ino Augsberg, Die Lesbarkeit des Rechts. Texttheoretische Lektionen für eine postmoderne juristische Methodologie, Weilerswist 2009, S. 118 f.

Erfahrung zum Paradigma der bürgerlichen Subjektivität.⁷ Sicher sind dies Vereinfachungen, die vor allem keine scharfe Polarisierung der genannten Gesellschaften und ihrer Kultur zulassen. Doch wird damit das nicht hintergehbare Moment der Selbstkonstruktion der Subjektivität vor dem Hintergrund des Gesagten verdeutlicht. Damit sind auch bestimmte „Lebenswelten“ assoziiert, die bestimmte Praktiken der Selbstverständigung und der Selbst-Werdung fraglos stellen – und fraglos stellen müssen.⁸ Diese haben den Hintergrund für die Reflexions- und Willensbildungsprozesse in der Öffentlichkeit gebildet. Diese Konstitution von gesellschaftlichem Wissen, das keineswegs immer reflektiert wird, und institutionalisierten Entscheidungsprozessen kann man – wiederum nicht ohne Vereinfachung – mit der Herausbildung und Transformation der „Gesellschaft der Individuen“ verbinden.

Dieser Zusammenhang wird, wenn auch vage, in der Politikwissenschaft als Verknüpfung von Politik und bestimmten „Milieus“ – deren Veränderung auch Gegenstand des Vortrags von *Ulrich Sarcinelli* gewesen sind – beschrieben, in denen die „Lebenswelt“ pluralisiert wird. Aus dieser „Lebenswelt“, die keineswegs stabil bleibt, aber bestimmte Muster der Zurechnung von Verantwortung, der Konstruktion sozialer Kausalitäten und gesellschaftlicher Werte reproduziert und nur einer unmerklichen Dauervariation von Fall zu Fall aussetzt, speist sich in der Vergangenheit z. B. das „gegliederte Bildungssystem“ mit seinen Canones, die ihrerseits kaum grundsätzlich problematisiert werden. Wissen wird zu einem erheblichen Teil als „dauerhaft“ behandelt, dies wird durch seine textuelle Fixierung und die Kanonisierung bestimmter Texte der Literatur für die Bildung der Subjekte zum Ausdruck gebracht.

III. Von der „Gesellschaft der Individuen“ zur „Gesellschaft der Organisationen“

Das Aufkommen der „Gesellschaft der Organisationen“ bringt nicht nur die zunehmende wirtschaftliche und politische Dominanz der großen Unternehmen, der Selbstwahrnehmung von Individuen als Angehörigen von „Gruppen“ (Angestellte, Arbeiter etc.) und politisch als „Parteigänger“ zum Ausdruck, sondern verändert sowohl das Wissenssystem der Gesellschaft⁹ als auch das Selbstverständnis der Bürger im Sozialstaat, der die Bedingungen der Freiheit des typisierten Einzelnen zu garantieren hat und damit eine neue Form der Reflexivität entwickelt: der Staat hat die Selbst-Werdung des Individuums zu garantieren. Immer mehr treten reflexive „Gruppenwahrscheinlichkeiten“, das organisierte (und nicht mehr spontan aggregierte und distribuierte allgemeine) Expertenwissen, die Konstruktion langer Verhaltensketten und die „Planung“ der Gesellschaft an die Stelle der Erfahrung und der davon be-

⁷ *Karl-Heinz Ladewig*, Mythos als Verfassung – Verfassung als Mythos, in: *Otto Depenheuer* (Hrsg.), *Mythos als Schicksal. Was konstituiert die Verfassung?*, Wiesbaden 2009, S. 185.

⁸ *Hans Blumenberg*, *Theorie der Lebenswelt*, Frankfurt a. M. 2010, S. 15 f.

⁹ Vgl. *Armin Nassehi*, *Gesellschaft der Gegenwart*, Frankfurt a. M. 2011, S. 198 f. zu den Schwierigkeiten der Soziologie, die Organisationen als neue „Ordnungsgeneratoren“ zu beobachten.

stimmten Verhaltensmuster. Damit geht auch eine politische und institutionelle Veränderung einher, die die Frage nach der „Zukunft der Verfassung“¹⁰ im Angesicht der Entwicklung von „sozialen Rechten“ aufwirft, die nur oberflächlich nach dem Maßstab der „Verhältnismäßigkeit“ aufeinander abgestimmt werden. In dieser Zeit entsteht auch eine erste Bewegung für „Partizipation“ der Bürger außerhalb der Verwaltung und des Personals der Planungsprozesse innerhalb der Verwaltung¹¹, in der sich die Mobilisierung des Bezugsrahmens für die prozesshaft gewordene Bestimmung eines pluralisierten öffentlichen Interesses ausgedrückt hat.¹² Auf der anderen Seite geht damit der Aufstieg der „Partizipation“ organisierter Interessen einher, der nicht vordergründig als Tendenz zur Verfälschung des parlamentarisch definierten Öffentlichen Interesses gedeutet werden darf. Der „Gesellschaft der Organisationen“ entspricht, wie erwähnt, ein neues Paradigma der Wissenserzeugung jenseits der allgemeinen, distribuierten Erfahrung der „Lebenswelt“: jenseits der Erfahrung entsteht ein neues technisches und Managementwissen, das in den und von den großen Organisationen prozessiert und in Verbänden aggregiert wird. Die Durchsetzung organisierter Interessen kann von der neuen Wissensproduktion nicht getrennt werden. Und das neue Wissen verlangt neue Formen und Institutionen der Vermittlung zu den staatlichen Entscheidungsprozessen.

IV. Die Postmoderne und die „Gesellschaft der Netzwerke“

Dies kann nicht näher konkretisiert werden, da es hier um die „Demokratie der Zukunft“ geht, die m. E. durch eine weitere grundlegende Veränderung auch der kognitiven Basis der (postmodernen) Gesellschaft bestimmt wird, die ich als den Übergang zur „Gesellschaft der Netzwerke“ beschreiben möchte. Sie lässt sich jenseits des Aufstiegs des Internets als kommunikatives „Netzwerk der Netzwerke“ charakterisieren durch die zunehmende Bedeutung von projektbezogenen Wissens- und Organisationsformen, die die Grenzen zwischen und innerhalb von Organisationen durchlässig halten und neue hybride, scheinbar Unvereinbares verknüpfende Formen der Koordination und Ordnungsbildung jenseits der Hierarchie hervorbringen.¹³ Viele sehen hier auch ein neues Recht der Netzwerke entstehen, innerhalb dessen neue Zurechnungen für transsubjektive Effekte jenseits der Organisation und diesseits des Individuums entstehen.¹⁴ Beispiele dafür bilden das Joint Venture zwischen konkurrierenden Unternehmen, Franchise-Modelle, die Verselbständigung von Abteilungen innerhalb von Organisationen (Investment-Banking nach Modellen einer „professionellen Community“), projektbezogene heterarchische Managementformen jenseits der Hierarchie,

¹⁰ Vgl. Dieter Grimm, Die Zukunft der Verfassung, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 2002, S. 411 ff.

¹¹ Ulrich Batts, Partizipation im Städtebaurecht, Berlin 1976.

¹² Vgl. zur Prozessabhängigkeit der Definition des öffentlichen Interesses schon Peter Häberle, Öffentliches Interesse als juristisches Problem, Berlin 1970, S. 52.

¹³ Michael Power, Organized Uncertainty: Designing a World of Risk Management, Oxford 2007, S. 19.

¹⁴ Bernard Conein, Communautés épistémiques et réseaux cognitifs, Revue d'Économie Politique 2001, Sonderheft, S. 138.

die rechtliche Relevanz des Risikomanagements innerhalb von Organisationen. Es bilden sich immer mehr neue Vertragsformen jenseits des Austauschvertrages und diesseits der gesellschaftsrechtlichen Stabilisierung von Organisationen („Qualitätssicherung“, Filmproduktion¹⁵).

Mit dieser (skizzenhaft bleibenden) Beschreibung ist nicht die Annahme verbunden, dass die jeweils unterschiedenen kognitiven Paradigmen einander ablösen, sondern dass sich neue Organisations- und Institutionsschichten bilden, die ihrerseits Abstimmungsprobleme erzeugen: Wann ist das eine, wann das andere vorrangig?

Dies steigert die Komplexität der Gesellschaft ein weiteres Mal: die beschleunigte Selbsttransformation der Gesellschaft führt nicht nur zu einer Fragmentierung der gesellschaftlichen Ordnungsmuster, sondern erschwert auch die Reproduktion von Kultur und Erziehung, weil die Erzeugung von Selbstbildern durch Vermittlung einer Vorstellung von Dauer insbesondere durch die Aneignung von Texten, die von einer Vielzahl von Personen gelesen, interpretiert und aufgehoben werden, mehr und mehr an Grenzen stößt.¹⁶ Dies geht in Zeiten des Internet bis zur Ablösung von gedruckten Zeitungen, die eine gewisse Zentralität von Themen erzeugen, durch die „sekundäre Oralität“ (Walter Ong) des azentrischen Flusses der Kommunikationen, der alle Unterscheidungen auflöst. Die neue Unmittelbarkeit und Expressivität, die insbesondere die Grenzen zwischen Öffentlichem und Privatem auflöst, hat Rückwirkungen auch auf die klassischen Medien, in denen die analytische Leistung des Texts und der reflektierten Beobachtung durch die starke Personalisierung der Orientierungsfunktion der öffentlichen Kommunikation abgelöst wird. Diese Entwicklung wird sich noch verschärfen, wenn immer mehr Inhalte in das Internet abwandern. Der Bericht der amerikanischen „Federal Communications Commission“ (FCC) „The Changing Media Landscape in a Broadband Age“ (Juni 2011)¹⁷ zeigt die dramatischen Veränderungen aller Medien infolge der „Internetrevolution“. Im Internet wird es aber immer weniger professionelle Journalisten geben, weil u. a. die Finanzierung der Medien durch Werbung im Internet abnehmen wird, da die Werbung sich vom „content“ ablöst und an private Kommunikationen angehängt wird (Google, Facebook etc.).

V. Der Wandel der durch ein symbolisches Drittes vermittelten Subjektivität zum Spiegel der „Identität“ des Selbst

Die ständige Selbstveränderung der Gesellschaft hat auch die Vorstellung der Dauer des Subjekts und seiner Reflexionsleistung erschüttert. An die Stelle der Selbstbeobachtung im Spiegel der anderen oder die Auseinandersetzung mit einem symbolischen Dritten, die die Subjektivität auf etwas Anderes verweist und es dadurch in der Schwebe hält, ist die Selbstbespiegelung einer „Identität“ getreten, die sich gerade

¹⁵ Victor P. Goldberg, Risk Management in Long-Term Contracts, Columbia Law and Economics WP No. 282 (2005).

¹⁶ Béatrice Fraenkel, Actes écrits, actes oraux: la performativité à l'épreuve de l'écriture, Études de Communication No. 29 (2006), S. 69.

¹⁷ www.fcc.gov/infoneedsreport.

durch den Bruch mit einer Kontinuität des Symbolischen der Kultur stets zugleich als schwach erlebt und alle Kompensation von enttäuschten Erwartungen vom Staat erwartet.¹⁸ Das Individuum der fragmentierten Gesellschaft ist selbstfixiert und zugleich abhängig: es ist ein Individuum, dem die Gesellschaft etwas schuldet.¹⁹ Der Kult der Unmittelbarkeit verdrängt in der Selbstbeobachtung des Individuums das, was *Lionel Trilling*²⁰ die „Aufrichtigkeit“ („sincerity“) genannt hat – die Vermittlung des Selbstverhältnisses über Regeln und Regelmäßigkeit – durch „Authentizität“ als Wert an sich, eine „Treue zu sich selbst“, die mehr und mehr auf die Unmittelbarkeit des Erlebens von „Identität“ einschrumpft.

Dieses Bedürfnis wird durch eine Veränderung der Medien befriedigt, die nicht mehr eine Auseinandersetzung mit der Veränderung der „Welt“ ermöglichen, sondern eben die „Authentizität“ des eigenen Selbst wie die authentische Selbstdarstellung der öffentlichen Akteure einschließlich der Politiker kultivieren. Die geradezu manische Verfolgung des als nicht mehr „authentisch“ wahrgenommenen ehemaligen Bundespräsidenten *Christian Wulff* ist Erscheinungsform der Reproduktion eines suchartigen Abhängigkeitsverhältnisses²¹ von den Medien, deren Intensität in einem merkwürdigen Kontrast zu der gängigen Oberflächlichkeit der Berichterstattung über „Sachthemen“ steht. Darin wird die Schwierigkeit eines Welt- und Selbstverhältnisses kompensiert, die durch den Verlust der Stabilität der „Lebenswelt“ herbeigeführt worden ist. Die „Lebenswelt“ hat immer, wie *Hans Blumenberg* scharfsinnig beobachtet hat, Wahrnehmungen vereinfacht und stabil gestellt²², Widersprüche ausgeblendet und war darin – in kritischer Betrachtung – „ideologisch“, aber sie hat dadurch, durch Reduktion von Komplexität, einen praktischen Begriff einer geteilten Welt ermöglicht, innerhalb derer die Entwicklung und Koordination von Erwartungen und die Realitätsprüfungen in der „Gesellschaft der Individuen“ möglich gewesen sind. Die Notwendigkeit eines durch ein unpersönliches Drittes vermittelten Selbstverhältnisses, das durch die Projektion von Erwartungen nach außen und die Anerkennung der Abhängigkeit von einem Nicht-Selbst, dem Anderen der anonymen Regeln²³, nicht *den Anderen*, bestimmt wird, geht in der Postmoderne leicht verloren. Dies hat in der bürgerlichen Gesellschaft immer einen Spalt im stets provisorisch bleibenden Selbst hinterlassen, der auf etwas „zu Erreichendes“ verweist.²⁴

In der postmodernen Gesellschaft grassiert demgegenüber das Vergessen der unpersönlichen Zwänge und *Regeln*, nach denen eine Gesellschaft „funktioniert“. Jedes Individuum hat ein Recht auf Anerkennung seiner „Authentizität“.²⁵ An den „authen-

¹⁸ *Charles Melman*, *L'homme sans gravité*, Paris 2008, S. 129 f.

¹⁹ *Marcel Gauchet*, in: *Charles Melman*, *La nouvelle économie psychique*, Toulouse 2009, S. 133.

²⁰ *Sincerity and Authenticity*, Cambridge/Mass. 1972.

²¹ Vgl. dazu allg. *Gauchet*, aaO (Fn. 19), S. 150.

²² *Blumenberg*, aaO (Fn. 8).

²³ Vgl. *Robert B. Pippin*, *Hegel on Self-Consciousness. Desire and Death in the Phenomenology of the Spirit*, Princeton 2011, S. 65.

²⁴ *Pippin*, ebd., S. 51, 57.

²⁵ Die Ambivalenzen der postmodernen „Individualisierung“ und der Generalisierung des Bedürfnisses nach „Anerkennung“ werden auch in der philosophischen Rekonstruktion durch *Axel Honneth*, *Das Recht der Freiheit*, Frankfurt a. M. 2011, weitgehend ausgeblendet.

tischen“ Politiker werden demgegenüber Erwartungen gerichtet, die die Komplexität der öffentlichen Entscheidungen und ihrer Gegenstände weitgehend ausblenden: Wenn eine Gesellschaft immer mehr mit unterschiedlichen Möglichkeiten jenseits einer geteilten „Wirklichkeit“ der „Lebenswelt“ rechnen muss, erscheinen auch immer mehr Ansprüche an die Wahl der Möglichkeiten realistisch – eine Erwartung, die von Politikern selbst genährt wird, um Wahlen zu gewinnen: Jede Opposition verspricht seit einigen Jahren vor den Wahlen den „Politikwechsel“, den grundlegenden, aber gegenstandslosen „Wandel“ – der dann immer wieder aufgeschoben wird. Dies wird besonders deutlich in der Bildungspolitik: gerade linke Parteien versprechen in ganz Europa die Verbesserung der Bildung durch „Bildungsplanung“ – ohne die grundlegenden Veränderungen der Gesellschaft und ihrer Wissensbasis genauer zu analysieren.²⁶ Dadurch ist Bildung zwar immer teurer geworden, aber die Ergebnisse sogar eher noch schlechter.²⁷ Doch „morgen“, mit mehr „Mitteln“, wird alles besser sein!

VI. Die „Gesellschaft der Netzwerke“ und die Probleme der Reformulierung des „Kontrollprojekts“ im postmodernen Wissen

In der postmodernen „Gesellschaft der Netzwerke“ hat sich demgegenüber eine grundlegende Veränderung vollzogen: der Zerfall der „Lebenswelt“ hat den gemeinsamen Bezugsrahmen der praktischen Selbst- und Weltkonstruktion erschüttert und darin dessen historische Abhängigkeit von der Erfahrung als gesellschaftlicher Wissensbasis sichtbar gemacht. Die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse sind eher das vorläufige Ergebnis der distribuierten Konstruktion von Möglichkeitsräumen jenseits einer gemeinsamen „Wirklichkeit“, deren „allgemein anerkannte Regeln“ in einem längeren Prozess herausgebildet und erprobt worden sind. Sie haben eher den Charakter von Entwürfen, deren Realisierung selbst der organisierten Bewertung bedürfte, weil sie sich der Beobachtung am Maßstab der „Lebenswelt“, ihren Regeln und Regelmäßigkeiten, entzieht. Vor allem in der „Gesellschaft der Netzwerke“²⁸ verschärft sich dieses Problem der Selbstbeobachtung der Gesellschaft und der Bürger selbst, weil auch die relative Stabilisierungsleistung der großen Organisationen und Gruppen schwindet, die ein anderes „Kontrollprojekt“, eben für die „organisierte Wirklich-

²⁶ Armin Bernhard, Bildung und nationale Hybris – Anmerkungen zu einer polemischen Debatte um den „deutschen Bildungsbegriff“, Pädagogische Rundschau 2008, S. 257; vgl. auch Jürgen Reyer, Die „Grenzen der „Erziehung“. Ihre Ursprünge im pädagogischen Liberalismus und ihre Kodifizierung im Herbartianismus, Neue Sammlung 2008, S. 335; vgl. auch Niklas Luhmann, Das Erziehungssystem der Gesellschaft, Frankfurt a. M. 2002, S. 195, zur Paradoxie der Auflösung der Bildungsidee durch Reform.

²⁷ Ein Vergleich mit Großbritannien zeigt die begrenzte Bedeutung der quantitativen Vermehrung der Ressourcen für soziale Aufgaben (hier der Schule): In den 13 Jahren der Labour-Regierung sind die Ausgaben für die Schulbildung verdoppelt worden. Dennoch hat sich der Unterschied der Leistungen in privaten und öffentlichen Schulen sogar noch vergrößert, The Economist, 27. 11. 2010, 40; das unter Bildungsreformern so beliebte finnische Schulsystem hatte im Jahre 2009 – worauf man niemals einen Hinweis in der „Reformdebatte“ finden wird – ebenso wie Schweden (26,6 %) eine exorbitant hohe Jugendarbeitslosigkeit (23,7 %) im Vergleich zu Deutschland (10 %) – und dies, obwohl Finnland fast keine unqualifizierten Zuwanderer hat.

²⁸ M. Castells, The Rise of the Network Society, Bd. 1, Oxford/Malden MA 2000.

keit“, mit sich führen. Andererseits wird die Selbstbeobachtung der Gesellschaft dadurch erschwert, dass eine Diskrepanz zwischen der Zukunftsorientierung der Entwürfe und der Rückkopplung an die Ergebnisse entsteht. Das heißt, die Gesellschaft wird insofern schizophran, als einerseits immer mehr Möglichkeiten generiert werden, aber die Beobachtung der Ergebnisse immer noch auf die Möglichkeit der „Erfahrung“, auf die Transparenz der Wirklichkeit ex post vertraut. Dies ist umso problematischer, als mit dem Aufstieg der „Gesellschaft der Organisationen“ und vor allem der „Gesellschaft der Netzwerke“ eine Ausweitung von sozialen und therapeutischen oder PR-„Dienstleistungen“ des Staates wie privater Einrichtungen einhergeht (dazu gehört inzwischen auch die Schule), die nur noch sehr entfernt mit der Wirtschaft verknüpft sind. Für diese Tätigkeiten ist die Kontrolle durch die Rückbindung an ein „Realitätsprinzip“, das die Beobachtung von Ursache-Wirkung-Beziehungen und damit eine Selbstprüfung der beteiligten Akteure zuließe, nur noch in sehr eingeschränktem Maße möglich. Immer mehr Erbringer von Dienstleistungen beschränken sich darauf, die Prüfung der Wirksamkeit ihrer Leistungen durch ideologische Beschwörung von „Gerechtigkeit“ und anderen Werten zu ersetzen.²⁹ Das gilt, wie erwähnt, für die Schulen, aber auch z. B. für die Aufwendungen für Jugend- und Familienhilfe, deren theoretische und praktische Orientierung ebenso wie ihre Wirksamkeit völlig im Dunkel bleiben. Dies ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil auf jeden Fall feststeht, dass „mehr“ Mittel zur Verfügung stehen müssten und die Gesellschaft keinerlei legitime Erwartungen gegenüber den immer unzureichenden Sozialleistungen formulieren kann. Aus dem Aufstieg des neuen Sozialstaats, der nicht mehr Armut im klassischen Sinne bekämpft, sondern „Integrationsleistungen“ erbringt, ergibt sich als weitere Konsequenz auch die Zunahme des Bevölkerungsanteils, der jenseits des „Realitätsprinzips“ arbeitet und lebt. In Berlin³⁰ lebten bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus bereits mehr als 50 % der Wahlberechtigten von staatlichen Leistungen (einschließlich Renten und Unterhaltszahlungen); dazu muss man die Berufstätigen des „sozialen“ Sektors rechnen, um eine realistische Vorstellung von dem Anteil der Bürger zu erhalten, deren Selbstvorstellung sich weitgehend jenseits der Zwänge des „Realitätsprinzips“ und der symbolischen Ordnung der Gesellschaft bildet. Die Dynamik der permanenten Selbsttransformation der postmodernen Gesellschaft erschwert die Subjektwerdung des Individuums, weil, wie erwähnt, eine stabile Stellung der symbolischen Funktion des Anderen, die in die Sprache eingetragen ist, nicht mehr vorausgesetzt werden kann und nicht zuletzt deshalb den Rückzug in fiktive virtuelle Sphären zu erlauben scheint: der Zwang zur Entzifferung der „Realität“ wird dann auf eine paradoxe Weise nur als frei zur Disposition stehende Möglichkeit neben anderen anerkannt.³¹

²⁹ Vgl. zu den Problemen der Realitätskonstruktion unter den Bedingungen zunehmender Komplexität Robert Kurzban, *Why Everybody (Else) is a Hypocrite: The Evolution and the Modular Mind*, Princeton 2011.

³⁰ Hugo Müller-Vogg, *Ihr Werktätigen, bitte zur Kasse!*, <http://www.cicero.de/berliner-republik/sozialstaat-nutznieser-werктаetigen-werden-zur-kasse-gebeten/43123>.

³¹ Alain Ehrenberg, *La Fatigue d'être soi*, Paris 1998, S. 18.

Dieses Problem der Entfremdung der Bürger von der eigenen Gesellschaft, das gern als „Politikverdrossenheit“ apostrophiert wird, wird durch die oben erwähnten Tendenzen in den Medien verstärkt: die Medien versuchen nicht mehr wie früher die Themen zu aggregieren und zu verbreiten, die für die kollektive Meinungs- und Willensbildung und schließlich die Entscheidung über Gegenstände des öffentlichen Interesses von Bedeutung sind³², sondern sie adressieren unmittelbar die Befindlichkeit des Lesers/Zuschauers und seiner Identität. Dazu gehört auch die Dramatisierung von Ungewissheit, die eine neue Form der Bindung von Konsumenten der Medien erzeugt. In Frankreich spiegelt sich dies darin wider, dass ungefähr 50 % der Franzosen sich vorstellen können, im Laufe ihres Lebens einmal obdachlos (!) zu werden.³³ Diese Entfremdung schlägt sich auch darin nieder, dass (außer in Skandinavien) sich 40–60 % der Bürger der Europäischen Union vorstellen können, Sozialhilfeleistungen in Anspruch zu nehmen, auch ohne dass die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.³⁴ Vor diesem Hintergrund stellt sich die Erwartung hoher „Glaubwürdigkeit“ von Politikern ein wenig anders dar als in einer Beschreibung der Bürger als Inhaber von Ansprüchen gegen die Gesellschaft und gegen den Staat, der die „Souveränität des Volkes“ auch für seine Selbstbeschreibung in Anspruch nimmt.

VII. Die Fixierung der postmodernen Gesellschaft auf das Erleben von „Präsenzeffekten“ (*Hans Ulrich Gumbrecht*) und die „partizipative Demokratie“

Das Erleben von Ungewissheit hat seine subjektive Kehrseite in der Erwartung, dass eigentlich in einer so sehr auf Selbsttransformation angelegten Gesellschaft alles möglich sein müsste, jedenfalls die unmittelbare Politisierung des Konsums (zurzeit etwa „fair trade“ – ohne Rücksicht auf die möglichen perversen Anreizeffekte: Produktion von immer mehr Exportgütern³⁵), das Recht auf „zensurfreie“ Aneignung von Internetinhalten, der direkte Rekurs auf den Schutz der Umwelt (des Klimas) durch „ökologische“ Energieproduktion unter Missachtung von ökonomischen Grenzen und Folgen „alternativer“ Energien, die Forderung nach einer Rückkehr zur „Real-

³² So die von normativen Erwartungen bestimmte Rechtsprechung des BVerfG, vgl. nur BVerfGE 20, 162 (175).

³³ www.diplomatie.gouv.fr/Menschen-und-Gesellschaft (2008); die Expansion der Gestaltungsansprüche des Staates und die Entlastung von Risiken für den Einzelnen scheint auch nicht dazu zu führen, dass die Risikobereitschaft in der Gesellschaft und das Interesse, seine Handlungsrechte zu nutzen, gesteigert wird: Nach einer Umfrage möchten 77 % der 15- bis 24-jährigen Franzosen Beamte werden, www.LADEPECHE.fr, 22. 5. 2009 – auch dies ist möglicherweise ein Effekt der Sozialstaatlichkeit und ist sicher ein Symptom der wachsenden Ungewissheiten der gesellschaftlichen Dynamik, aber auch der wachsenden Bereitschaft der Bürger, sich als leidend (und hilfsbedürftig) zu sehen.

³⁴ In den skandinavischen Staaten (Dänemark 90 %) ist auch die kulturell bedingte Weigerung, Sozialleistungen „unter Umständen“ auch ohne Berechtigung in Anspruch zu nehmen, besonders ausgeprägt, in Deutschland (60 %) und Frankreich (40 %) weniger, *Yann Algan/Pierre Cabuc*, Civic Attitudes and the Design of Labor Market Institutions, CEPREMAP-WP 2005, 14.

³⁵ *Hans-Olaf Wiesemann*, Fairer Handel, kalter Kaffee? Zur neuen Symbiose von Kommerz und Moral, Merkur No. 582/583 (1997), 966.

wirtschaft“ jenseits der „Finanzprodukte“, weil nur sie dem Alltagsverständnis von Wirtschaft zugänglich ist („Occupy“).³⁶ Gerade die schnelle Selbsttransformation der Gesellschaft und die Abschwächung der spontanen Rückkopplung des Wissens der „Gesellschaft der Individuen“ wie der „Gesellschaft der Organisationen“ an eine relativ stabile Wirklichkeit haben eine Bereitschaft zum Experimentieren mit den „Möglichkeitsräumen“ der „Gesellschaft der Netzwerke“ geschaffen, die nicht von einem neuen „Kontrollprojekt“³⁷ zur Selbst- und Fremdbeobachtung der Subjektbildung unter Bedingungen von Komplexität begleitet wird. Man könnte hier mit *Hans Ulrich Gumbrecht*³⁸ von der Fixierung auf „Präsenzeffekte“ sprechen, die weder eine angemessene Einstellung auf die Ungewissheit der Zukunft noch retrospektiv ein „Monitoring“ der Folgen von Experimentierverhalten zulässt.³⁹ Mit *Guy Kirsch*⁴⁰ lässt sich ein sich ständig verschärfendes „Missverhältnis von Informationsfülle und Wissensdefizit“ beobachten, weil es in einer komplexer gewordenen Gesellschaft immer schwieriger wird, die kognitive Ordnungsleistung zu erhalten, die für die Koordination von Entscheidungen und Regeln erforderlich ist und die sich letztlich auch durch das auszeichnen müsste, was für die erfahrungsbasierte „Lebenswelt“ galt, dass nämlich bestimmte Annahmen, wenn auch vielleicht nur provisorisch und unter Vorbehalt, geteilt und fraglos gestellt werden können.

Auf dem hier skizzierten Hintergrund erscheint auch die Forderung nach mehr Partizipation an der Gesetzgebung ambivalent: Grundsätzlich ist eine parlamentarische Demokratie für die Ergänzung um Elemente der direkten Demokratie offen. Bedenklich erscheint jedoch die Neigung aktiver Gruppen, sich sogleich aufgrund der unmittelbaren expressiven Darstellung ihres Willens in der Öffentlichkeit mit dem „wahren“ Volkswillen zu identifizieren und die argumentative Auseinandersetzung um Streitfragen eher zu vernachlässigen. Interessanterweise setzen sich in neuen politischen Bewegungen eben die neuen Organisationsformen durch, die auch das „Recht der Netzwerke“ bestimmen: *Uwe Ebbinghaus* beobachtet in der „Occupy“-Bewegung eine neue Orientierung an der „projektbezogenen Bezugsgruppe“.⁴¹ Allerdings werden solche Projekte eher durch eine Selbstbezüglichkeit des Erlebens der Anwesenheit an einem Ort bestimmt, eine Unmittelbarkeit, die in scharfem Kontrast zur Virtualität vermachteter Kommunikationsnetzwerke steht.

³⁶ Vgl. die eher vordergründig bleibende, aber wahrscheinlich gerade deshalb sehr populär gewordene Kritik der Entwicklung der Finanzmärkte im Besonderen und des „Gleichgewichtstheorems“ der Ökonomie im Allgemeinen von *Josef Vogl*, *Das Gespenst des Kapitals*, 3. Aufl., Zürich 2010; zur Nichthintergebarkeit der Transformation von „genereller Unsicherheit“ in „spezifische Unsicherheiten“, mit denen operiert werden kann und denen gegenüber der Einwand wohlfeil ist, dass es sich um Konstruktionen handelt, die die „Realität“ nicht richtig wiedergeben, *Ernst-Wilhelm Händler*, *Das Wissen der Ökonomie*, Merkur No. 753 (2012), 89 (93); *Niklas Luhmann*, *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1988, insbes. S. 272 ff.

³⁷ Vgl. dazu *Harrison C. White*, *Identity and Control. How Social Formations Emerge*, 2. Aufl., Princeton 2008, S. 6 f.

³⁸ *Hans-Ulrich Gumbrecht*, *Jenseits der Hermeneutik: Die Produktion von Präsenz*, Frankfurt a. M. 2004.

³⁹ Das BVerfG hat u. a. in E 50, 290 (332 ff.) den Gedanken der „Nachbesserung“ von unter Ungewissheitsbedingungen beschlossenen Gesetzen entwickelt, dies ist aber nie angemessen konkretisiert worden.

⁴⁰ „Jedes Zeitalter schafft sich seine Hexen“, FAS Nr. 3 v. 22. 1. 2012, S. 34.

⁴¹ „Wer hat Angst vor Anarchismus?“, FAZ Nr. 24 v. 28. 1. 2012, Beilage „Bilder und Zeiten“, S. Z 1 f.

Wichtiger als die Erweiterung der Partizipation der Bürger an staatlichen Entscheidungen erscheint aber eine institutionelle Reform, die mindestens partiell den Einfluss von Verbänden auf die politische Willensbildung zurückdrängt, weil sie mit dem Aufstieg der „Gesellschaft der Netzwerke“ und ihrer experimentellen Rationalität nur noch in begrenztem Maße vereinbar ist. Die Selbstblockierung der Linken – ein Problem für die nur im Konflikt mögliche Reproduktion des politischen Systems – ist zum erheblichen Teil darauf zurückzuführen, dass sie inzwischen vor allem die gegenwärtigen Interessen der gut organisierten Arbeitnehmer, insbesondere des öffentlichen Dienstes, vertritt und keine über „Umverteilung“ hinausweisende Vorstellung von einer Gesellschaft der Zukunft hat. Dies würde Überlegungen über die Technologien der Zukunft implizieren, die die Stellung der etablierten Gruppen untergraben. Diese Gruppen haben deshalb ein Interesse daran, ihre (berechtigten) Ängste zu den Ängsten der Gesellschaft zu machen. Zur Konzeption einer Alternative würde die Entwicklung einer eher ex post erfolgenden Strategie der Selbst- und Fremdbeobachtung der Gesellschaft im Allgemeinen und der politischen Projekte des Staates im Besonderen gehören, weil dort inzwischen die mächtigsten Beharrungskräfte zu finden sind. Nicht alle Kontroversen lassen sich ex post durch „Evaluation“ objektiv beobachten, aber viele Experimente werden noch ohne ein der experimentellen Logik gerecht werdendes Design durchgeführt⁴², vor allem nicht mit dem Bewusstsein, dass Experimente nicht nur scheitern, sondern auch ganz unerwartete Folgen hervorrufen können. Viele Kontroversen ließen sich durch angemessene Vorbereitung ex ante⁴³ und Evaluation ex post jedenfalls auf eine bessere Grundlage stellen. Dafür müssten bessere Methoden entwickelt werden.⁴⁴ Jedenfalls wird dazu die Einstellung des politischen Systems auf den Zwang zur Prozessierung des Wissens und des Entscheidens über heterarchische Netzwerke gehören müssen.⁴⁵ Vor allem aber muss mit den Folgeerscheinungen der starken Fragmentierung der politischen und gesellschaftlichen Institutionen gerechnet werden⁴⁶, die sowohl die Entwicklung eines angemessenen Designs der Projekte als auch die Entwicklung von Subjektivität erheblich erschwert.

Es sollte gezeigt werden, dass die Beobachtung der „sozialen Epistemologie“, des Entstehens und der Veränderung der Wissensbestände der Gesellschaft und ihrer

⁴² Vgl. zu einer Konzeption des reflektierten Experimentierens *Michael C. Dorf/Charles F. Sabel*, A Constitution of Democratic Experimentalism, *Columbia Law Review* 1998, 267; auch *Wolfgang Krohn*, Realexperimente: die Modernisierung offener Gesellschaften durch experimentelle Forschung, *Erwägen – Wissen – Ethik* 2007, 343; *Matthias Groß/Holger Hoffmann-Riem/Wolfgang Krohn*, Realexperimente. Ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft, Bielefeld 2005.

⁴³ Vgl. in verfassungsrechtlicher Perspektive *Ino Augsberg/Steffen Augsberg*, Prognostische Elemente in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, *Verwaltungsarchiv* 98 (2007), 290.

⁴⁴ Vgl. die Untersuchung zum Effekt des sehr aufwendigen schwedischen Programms zur Steigerung der Qualifikation gering qualifizierter Arbeitnehmer, das insgesamt als erfolgreich bewertet wird, aber in der Evaluation viele Fragen aufgeworfen hat, denen sich die Protagonisten von „mehr“ Sozialleistungen meistens nicht stellen, *James Albrecht/Gerard J. van den Berg/Susan Vroman*, The Knowledge Lift: The Swedish Program that Aimed to Eliminate Low Worker Skill Levels, *IZA Working Papers* No. 1503 (2005).

⁴⁵ Vgl. zum Wandel der Wissensstruktur in Zeiten des Internet *David Weinberger*, Too Big to Know, New York 2012, insbes. S. 170.

⁴⁶ *Francis Fukuyama*, The Future of History, *Foreign Affairs* Jan./Feb. 2012, S. 53.

historischen Selbstorganisation, die Beobachtung⁴⁷ der ihrerseits dem Wandel unterliegenden Formen der Subjektivität wie der „Kontrollprojekte“ der Gesellschaft einen Beitrag zur Theorie der Demokratie leisten kann. Deren Vernachlässigung kann umgekehrt zu der Annahme verleiten, dass die Krisen der Demokratie allein dem Staat und mächtigen Akteuren zuzurechnen sind. Die „soziale Epistemologie“ eröffnet einen Blick auch auf den blinden Fleck der Demokratie, die nicht nur in reflektierter Form erfolgende Selbstveränderung des Demos.

⁴⁷ Vgl. dazu allg. *Hans-Jörg Rheinberger*, *Iterationen*, Berlin 2005, S. 104 ff.